

16. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Mai 1958

279/J

A n f r a g e

der Abgeordneten B ö h m, H o r n und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz,  
betreffend die Errichtung eines zweiten Landesgerichtes für Strafsachen in  
Wien und eines Landesgerichtes für das Burgenland.

-.-.-.-

Aus der Presse ist zu entnehmen, daß das Bundesministerium für Justiz  
einen Gesetzentwurf vorbereitet hat, der die Errichtung eines Gerichtshofes  
für das Burgenland mit dem Sitze in Eisenstadt und die Teilung des Landes-  
gerichtes für Strafsachen in Wien in ein Landesgericht I und ein Landesge-  
richt II vorsieht.

Die Errichtung des Landesgerichtes für das Burgenland wurde durch  
einen EntschlieBungsantrag des Nationalrates anlässlich der Budgetdebatte im  
Dezember 1957 gefordert und die baldige Errichtung eines solchen Gerichts-  
hofes durch den Justizminister zugesagt.

Bezüglich der Teilung des Landesgerichtes für Strafsachen in Wien  
werden in der Presse widersprechende Mitteilungen über die Gründe dieser  
Maßnahme und über die daraus entstehenden Mehrkosten gemacht.

Da die Frage der Gerichtsorganisation für die rasche und klaglose  
Durchführung von Strafprozessen von ausschlaggebender Bedeutung ist, richten  
die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz die  
nachstehenden

A n f r a g e n:

1.) Ist der Bundesminister für Justiz bereit, mitzuteilen, welche  
Vorkehrungen getroffen wurden, um die Errichtung eines Landesgerichtes für  
das Burgenland sicherzustellen?

2.) Welche Gründe sind maßgebend, um eine Teilung des Straflandesge-  
richtes Wien in zwei Gerichtshöfe erster Instanz durchzuführen?

3.) Welche Mehrausgaben würden diese Maßnahmen voraussichtlich er-  
fordern?

-.-.-.-